



Michael Kretschmer

„Fünf Prozent wären eine gewaltige Hypothek“

Sachsens Ministerpräsident über die Sinnhaftigkeit hoher Verteidigungsausgaben, die Krise der öffentlichen Haushalte und den Umgang mit Linken und AfD.





Herr Kretschmer, der Bund will künftig fünf Prozent der Wirtschaftsleistung in die Verteidigung investieren und verschuldet sich dafür massiv. Was geht Ihnen bei der Zahl durch den Kopf?

Ich denke an unsere Kinder und Enkel, an die großen Aufgaben, die wir eigentlich im Bereich der Bildung und der Wissenschaft haben. Aber die Weltlage hat sich verändert, und wir müssen in unsere Verteidigung investieren. Fünf Prozent übersetzt in Euro sind eine so unfassbar hohe Zahl, dass einem schwindelig wird. Das wäre eine gewaltige Hypothek.

Es sind mehr als 200 Milliarden Euro. Sehen Sie eine andere Möglichkeit?

Sollte Deutschland tatsächlich fünf Prozent für Rüstung ausgeben müssen, würde sich der Wohlstand unseres Landes massiv reduzieren. Wir müssen erreichen, dass die Fähigkeiten der europäischen Mitgliedstaaten stärker gebündelt werden, um mit deutlich niedrigeren Verteidigungsausgaben auszukommen.

Wird nicht die regelbasierte Weltordnung abgelöst von der machtbasierten, wie es der Historiker Herfried Münkler formuliert?

Die Gedanken von Herrn Münkler sind auf eine bittere Weise zutreffend. Wir müssen uns überlegen, was daraus folgt: Erstens sollten wir anstreben, wieder die regelbasierte Ordnung herzustellen. Zugleich müssen wir uns aber auch stark machen. Die Stärke Deutschlands ist eine ökonomische. Die Stärke Europas liegt in der Einigkeit. Derzeit werden wir in der Welt erkennbar nicht ernst genommen – weder wirtschaftspolitisch noch verteidigungspolitisch. Das ist gefährlich, erst recht in einer Welt des Stärkeren.

Sie haben immer für Diplomatie geworben, auch im Umgang mit Russland. Ist noch die Zeit der Diplomatie?

Es ist immer die Zeit der Diplomatie. Diplomatie muss man wollen und darf sie nicht ausschließen wie die letzten dreieinhalb Jahre. Diplomatie braucht auch ein Druckmittel, um einen diplomatischen Sieg zu erzwingen.

Sie haben erfolgreich mit dem Bund verhandelt, dass Länder und Kommunen Geld aus dem Sondervermögen erhalten. Nun ist alles unter Dach und Fach. Fühlen Sie sich in der Frage wie nach einem Lottogewinn?

Die Entscheidung, dass auch die Länder und Kommunen einen Teil aus dem Sondervermögen erhalten, ist zwingend für den Zusammenhalt in unserem Land. Wir können nicht auf der einen Seite beschließen, in die Verteidigung zu investieren und Waffen in die Ukraine zu liefern – und auf der anderen Seite fallen die Krankenhäuser und Kindergärten auseinander. Das geht so nicht. Mit den 100 Milliarden Euro können wir Notwendiges tun und die Voraussetzungen dafür schaffen, dass wir wirtschaftliche Erholung organisieren.

Die Länder dürfen das Geld ohne Wenn und Aber ausgeben. Wenn sich das nicht wie ein Lottogewinn anfühlt.

Die kommunalen Mandatsträger und auch die Landtagsabgeordneten sind frei gewählt und brauchen keine Vorgaben aus Berlin. Das ist ja wohl eine Selbstverständlichkeit.

Die Länder fordern vom Bund aber doch das Motto ein: Wer bestellt, bezahlt. Muss dann nicht auch umgekehrt gelten: Wer bezahlt, der darf auch bestellen?

So funktioniert das föderale Deutschland glücklicherweise nicht.

Die Grünen hatten ihre Zustimmung daran geknüpft, dass das Geld aus dem Sondervermögen „zusätzlich“ investiert wird und nicht die Haushalte entlastet werden.

Das ist für die 400 Milliarden Euro des Bundes auch richtig.

Auch beim Steuerentlastungsgesetz greift der Bund den Ländern kräftig unter die Arme – und übernimmt für die Kommunen sogar die gesamte Steuerlast für die nächsten Jahre.

Sie formulieren es richtig: Wir bekommen nicht irgendetwas, sondern der Bund übernimmt für die Kommunen die Belastungen, die mit den Steuerentlastungen entstehen. Wir Länder haben uns bereit erklärt, einen Teil der Last mitzutragen – obwohl wir vor enormen finanzpolitischen Herausforderungen stehen. Das zeigt: Bund und Länder arbeiten wieder gut und vertrauensvoll zusammen.

Es ist eher das Gefühl entstanden, die Länder ziehen den Bund kräftig über den Tisch, weil die neue Regierung ihr Steuerpaket unbedingt noch vor der parlamentarischen Sommerpause durch Bundestag und Bundesrat bringen wollte.

Nein, das glaube ich nicht. Ob man das Gesetz nun am 11. Juli oder am 11. September beschließt, ändert nichts an der Sache. Es ist ein faires Ergebnis, mit dem alle zufrieden sind.

Was ist daran fair, wenn fast nur der Bund einen möglichen Wirtschaftsaufschwung finanziert?

Wir sind in einer akuten Krise der öffentlichen Haushalte. Alle Bundesländer, der Bund, die Kommunen haben Haushalte, die oft nicht mehr verfassungsgemäß sind. Deswegen ist es wichtig, dass Steuerausfälle ausgeglichen werden. Hier geht es nicht um nette Gesten oder einen Willen: Wir müssen zwingend die Haushalte entlasten.

Nun lösen Sie das Problem über weitere Schulden.

Die Verhandlungen der letzten Tage haben doch eines gezeigt: Die Lage ist dramatisch.

Hilft Ihnen das Geld denn jetzt bei der Sanierung Ihres Haushalts?

Jedes Bundesland muss derzeit rund zehn Prozent einsparen. Bei uns sind das zwei Milliarden Euro. Das Geld des Bundes ist ein Beitrag, um dringend notwendige Investitionen trotzdem leisten zu können. Deswegen ist es gut, dass es das Sondervermögen gibt.

Sie regieren in Sachsen ohne Mehrheit und müssen dieser Tage einen Doppelhaushalt durchs Parlament bringen. Die Opposition, Grüne und Linke, haben sich ihre Zustimmung mit 250 Millionen Euro erkaufte.

Die Frage haben wir in einem parlamentarischen Verfahren geklärt und damit auch gezeigt, was in einer Demokratie alles möglich ist. Für viele gilt: Das Land kommt vor der Partei.

Weder AfD-Politiker noch Linke wählt die Union im Bundestag. Gibt es da in Ihrer Partei unterschiedliche Sichtweisen?

Ich erteile keine Ratschläge. Der Umgang mit der AfD war in den vergangenen zehn Jahren erkennbar nicht sonderlich erfolgreich. Deswegen sollten wir aufhören, ihnen die Märtyrerrolle zu ermöglichen.

Also lehnen Sie auch ein AfD-Verbotsverfahren ab?

Die Diskussion allein nutzt der AfD und macht sie stärker. Deswegen sollte man das nicht tun. Jeder Einzelne sollte die Aufgaben in seinem Bereich lösen, so wie zum Beispiel Alexander Dobrindt als Innenminister die He-



rausforderungen richtigerweise konsequent angeht. Ich unterstütze seinen Kurs sehr. Die Menschen wollen keine Mikrosteuerung, sie wollen keine De-industrialisierung. Probleme aus der Welt zu schaffen, die aus Sicht der Bevölkerung die drängendsten Sorgen sind, dass entzieht den Populisten den Nährboden.

Zur Arbeit gehören nicht nur neue Schulden und Lastenverteilungen. Wie muss die künftige Finanzierung des Staates aussehen, damit die Haushalte wieder für künftige Generationen tragfähig sind?

Zum einen muss der Staat die Kommunen dauerhaft von den Kosten beim Teilhabegesetz, bei der Hilfe zur Pflege, dem Wohngeld entlasten, die sie regelrecht erdrücken. Konkret geht es da um 25 Milliarden Euro. Die anderen Fragen werden wir bis zum Herbst klären.

Der Bund muss immer mehr Geld aus der Umsatzsteuer an Länder und Kommunen abtreten. Wie weit kann das noch gehen?

Wir sehen längst: Instrumente wie Steuersenkungen oder Subventionsprogramme sind endlich. Wir müssen anfangen, die Wirtschaft mit weniger Bürokratie, weniger Regulierung zu

entlasten. Auch der Rückbau von sozialen Leistungen muss endlich beginnen. Hier hat sich ein Wildwuchs entwickelt, der so einfach nicht mehr geht.

Das war der Plan der Union im Wahlkampf. Nun regieren Sie mit der SPD. Bundesfinanzminister Lars Klingbeil etwa will die Aufbewahrungsfristen von Belegen verlängern.

Deregulierung heißt nicht: wieder mehr Dokumentationspflichten. Wir brauchen mehr Freiheit! Wir brauchen weniger Regeln. Der Staat hat den Menschen nicht Vertrauen zuzubilligen. Wir sind ein Land freier Bürger! Es ist doch ein Witz, wenn die neue Bauministerin den Unternehmen erklärt, wie sie bauen sollen. Wir müssen Standards abschaffen.

Herr Kretschmer, herzlichen Dank für das Interview.

Die Fragen stellte Daniel Delhaes.

Vita

Der Unterhändler Michael Kretschmer hat bereits als Vertreter der ostdeutschen Bundesländer bei den Sondierungsgesprächen für ein neuerliches Bündnis

von Union und SPD teilgenommen. Dort wirkte er entscheidend daran mit, dass auch Länder und Kommunen etwas vom Sondervermögen erhalten. Als Vorsitzender der Ministerpräsidentenkonferenz setzte sich der CDU-Politiker zudem in der Bund-Länder-Runde erfolgreich für einen Ausgleich der Steuerausfälle ein, die durch die geplanten Steuerentlastungen des Bundes bevorstehen.

Der Ministerpräsident Der Görlitzer regiert seit 2017 in Sachsen. Seit der letzten Landtagswahl 2024 muss der 50-Jährige eine Regierung mit der SPD ohne eigene Mehrheit anführen. Nachdem das BSW eine Koalition verweigert hatte, lehnte das Bündnis auch Gespräche über den Landeshaushalt für 2025 und 2026 ab. Kretschmer, gelernter Wirtschaftsingenieur, wird ihn nun mit den Stimmen der Linken und der Grünen beschließen. „Erst das Land, dann die Partei“, argumentiert er.